

Kleine Anfrage 2929

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Schullastenausgleich

In den Grenzregionen des Landes Brandenburg zu anderen Bundesländern kann es immer wieder Situationen geben, dass Kinder Schulen im angrenzenden Bundesland besuchen möchten. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Das können die Schulform, die territorialen verkehrsmäßigen Gegebenheiten oder auch rein private Gründe sein. Natürlich muss gegenüber dem für den Wohnsitz zuständigen Staatlichen Schulamt der Nachweis der Beschulung erbracht werden. Nun gibt es in solchen Situationen gelegentlich Probleme hinsichtlich der Kostenübernahme für die Beschulung an einer Schule im benachbarten Bundesland. Das führt dann dazu, dass Eltern eine quasi Scheinwohnsitzanmeldung dort tätigen bzw. ihren Wohnsitz dauerhaft wechseln. Sicher gibt es auch die umgekehrte Situation, in denen Kinder auch Nachbarbundesländern eine Schule im Land Brandenburg besuchen möchten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es mit den benachbarten Bundesländern eine Vereinbarung zur Kostenübernahme beim Besuch einer Schule dort bzw. für den umgekehrten Fall?
2. Ist der Landesregierung diese in der einführenden Erläuterung geschilderte Situation bekannt?
3. Wird die Abwanderung von Bürgern in benachbarte Bundesländer aus den aufgeführten Gründen ohne versuchte Einflussnahme/Änderung seitens der Landesregierung auf die Gründe in Kauf genommen?
4. Hat eine vorliegende Genehmigung des Staatlichen Schulamtes auf den gewünschten Wechsel auf eine Schule ins Nachbarbundesland und der Zustimmung zur Aufnahme durch die gewünschte Schule eine verpflichtende Wirkung zur Kostenübernahme durch das Land Brandenburg bzw. durch den Wohnort-Landkreis ?
5. Wenn das Staatliche Schulamt von selbst aus berechtigten Gründen den Wechsel auf eine Schule ins Nachbarbundesland in Abstimmung mit den Eltern fordert, wie verhält es sich dann mit der Kostenübernahme?

6. Wäre eine private Kostenübernahme durch die Eltern möglich?